

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 24. Februar 2001

111. Jahrgang Nr. 31.290

Geldwäsche

Zeitgleich mit dem politischen Kesseltreiben gegen den Zentralbankpräsidenten Pedro Pou, worüber wir in unserer letzten Wirtschaftsübersicht berichtet haben, erliess die Regierung am 13. Februar das längst überfällige Dekret zur Reglementierung des Gesetzes Nr. 25.246. Vor bald Jahresfrist hatte der Kongress dieses Gesetz erlassen, mit dem die Regierung beauftragt wird, Geldwäsche-Transaktionen aufzuspüren und zu bestrafen bzw. zu verhindern. Es ging bei der Reglementierung über die Zusammensetzung der Sonderkommission, im spanischen Kürzel UIF ("Unidad de Información Financiera"), der die Aufgaben des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung der Geldwäsche übertragen werden.

Dieses Amt war vor Jahresfrist Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zumal mit dem Bankgewerbe gewesen. Zunächst sollte bestimmt werden, wo das Amt anzusiedeln ist. In Frage kam die Zentralbank als Aufsichtsbehörde der Finanzanstalten, Banken und andere, oder als Alternative ein Sonderamt im Rahmen des Justizministeriums. Im Gesetz obsiegte letztere Alternative. Die Sonderkommission UIF soll unter dem Vorsitz des Justizministers mit elf Mitgliedern besetzt werden, davon fünf als Vertreter anderer Ämter und die restlichen fünf kraft Ernennungen nach öffentlichen Ausschreibungen und Auslese der besten Bewerber.

Die Bestellung der fünf Amtsmitglieder aus dem privaten Bereich wird sicherlich mehrere Monate beanspruchen. Erinnert man sich an die umständlichen Amtshandlungen des sogenannten Richterrates mit 19 Juristen, der kraft Verfassungsnovelle von 1954 jeweils drei Kandidaten nach Bewerbungen in öffentlicher Ausschreibung für jedes freie Richteramt vorschlagen soll, damit der Präsident einen Kandidaten dem Senat zur Billigung empfiehlt, dann darf füglich erwartet werden, dass viele Monate verstreichen werden, ehe besagte fünf Amtsmitglieder ernannt sein werden. Nach über einem Jahr, seit der Richterrat amtiert, sind zwar mehrere Kandidatentrios vorgeschlagen, aber kein einziger Richter ernannt worden, obwohl über 80 freie Richterämter von anderen Richtern betreut werden müssen, deren Arbeit sie überlastet und den Gang der Justiz verschleppt.

Unterdessen wird das Amt UIF mit den fünf Regierungsvertretern unter dem Vorsitz des Justizministers und Präsidentenbruders Jorge da la Rúa sich bemühen, der Geldwäsche auf die Spuren zu kommen. Die Zentralbank ist durch ihren Vizepräsidenten Martín Lagos vertreten, wogegen ihr Vorsitzender Pedro Pou die Tätigkeit im neuen Amt erspart geblieben ist, worüber er sich sicherlich klammheimlich bedankt. Die einzige Behörde, die Informationen über verdächtige Geschäfte einholen kann, ist die Zentralbank als Aufsichtsbehörde der Finanzanstalten. Die anderen Staatsämter, deren Chefs oder Vizechefs im Amt UIF vertreten sind, haben keinen direkten Zugang zu solchen Geschäften, ausgenommen möglicherweise die Steuerbehörde AFIP, die Steuerhinterzieher aufspürt. ZB-Chef Pedro Pou hat am vergangenen Sonntag im "Clarín" ausführlich dargelegt, was mit Geldwäsche gemeint ist. Das Wort ist eine Metapher, die aufzeigt, dass schmutziges Geld reingewaschen wird. Hierbei geht es um Drogengelder, Erpressungen und andere Schwerverbrechen sowie Schmiergelder, allesamt verbrecherische Handlungen, die mit hohen Summen zu tun haben. Hingegen fallen Steuerhinterziehungen, die keine Delikte sind, nicht darunter. Ihre Herkunft sind legale Geschäfte, keinesfalls Verbrechen, deren Erträge der Steuerbehörde hinterzogen werden.

Pou unterscheidet zwischen primärer und sekundärer Geldwäsche. Im ersten Fall werden unzählige kleine Geldgeschäfte weissgewa-

schen, indem die betreffenden Geldscheine auf Banken ordentlich eingezahlt werden, damit nachher Transfers über möglicherweise mehrere Banken den Erwerb von weissgewaschenen Vermögensteilen ermöglichen. Dabei können auch Geschäfte mit beachtlichem Profit, der versteuert wird, vorgetauscht werden. Hierbei handelt es sich bereits um sekundäre Geldwäsche, weil die deponierten Kleingelder im Finanzbereich transferiert und zum Erwerb von Vermögenobjekten eingesetzt werden, beispielsweise Immobilien in Städten oder auf dem Land, Betriebe und dergleichen. Gefragt sind Hotels, Tourismusagenturen, Tankstellen und andere Objekte, bei denen zahllose kleine Geldgeschäfte verrichtet werden.

Die Zentralbank kann solchen Geschäften bei ihren Inspektionen nur als verdächtig auf die Spur kommen, wenn sie ungewöhnliche Transfers aufdeckt. Ob es sich dann um Geldwäsche oder einfach um hinterzogene Steuern handelt, das bleibt der Justiz, neuerdings dem Ermittlungsamt UIF vorbehalten. Die Strafjustiz hat jedenfalls das letzte Wort bei echter Geldwäsche, ansonsten die Steuerbehörde sowie möglicherweise die zahlreichen Register von Immobilien, Kraftwagen und Gesellschaften ein Wort mitsprechen mögen.

Argentinien gilt in Fachkreisen als ein Land mit relativ geringem Drogenkonsum, allenfalls als Transitland von Drogen aus den Herkunftsländern Bolivien, Peru und Kolumbien in die grossen Konsumländer Vereinigte Staaten und Europa. Fälle von Geldwäsche sind nur ganz selten bekannt geworden, am notorischsten der Fall des Drogenkartells von Mexiko zwecks Erwerb von Immobilien in Argentinien, wobei das Kartell vom lokalen Makler betrogen wurde. Auch der Fall eines Luxushotels in Buenos Aires wurde vor einem Jahrzehnt bekannt, dem nachgesagt wird, dass damit schmutziges Geld gewaschen wurde.

Ausserdem gilt Argentinien in internationalen Fachkreisen, die sich namens ihrer Regierung mit der Bekämpfung der Geldwäsche befassen, als ein Land, das in dieser Hinsicht Vertrauen geniesst und sich seit dem Erlass des erwähnten Gesetzes redlich bemüht, diesen Geschäften auf die Spur zu kommen und mit den gleichen Ämtern anderer Länder zu kooperieren. Allerdings muss in Hinblick auf die landesübliche Unfähigkeit, echte Kontrollämter zu organisieren, bezweifelt werden, dass ein schwerfälliges Ermittlungsamt wie die UIF tatsächlich den Geldwäschegeheimnissen auf die Spur kommen wird. Es genügt hierzu die Feststellung, dass die Steuerhinterziehung nach wie vor als das beste argentinische Geschäft blüht, ohne dass die Steuerbehörde und die Justiz sie eindämmen könnten. Soll man von der UIF mehr erwarten, die selber nur auf Anzeigen anderer Ämter oder Personen angewiesen ist?



SERVICIOS
DIGITALES

www.multimedia.com.ar

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

Gipfeltreffen de la Rúa - Ibarra

Erste Unterredung seit August / Bundespolizei soll zur Stadtpolizei werden

In Übereinstimmung mit den Geboten der Vorwahlzeit, sich als „Mann der Tat“ zu zeigen, hat Aníbal Ibarra zu Wochenbeginn erklärt, man könne nicht die „Legislative abwarten“. Im Klartext meinte der der Stadtregierungschef von Buenos Aires damit, dass er nicht gewillt ist zu warten, ob die Legislative die angestrebten Gesetze noch vor den Wahlen im Oktober verabschiedet. Vor diesem Hintergrund vereinbarten Ibarra und Präsident Fernando de la Rúa dann auch am Dienstag die Eingliederung der Bundespolizei in die Stadtstrukturen: Aus der Bundes-

soll eine Stadtpolizei werden, zumindest in Buenos Aires.

Während sich die Nationalregierung Kostensenkungen verspricht, hofft Ibarra auf weiter steigendes politisches Gewicht. Um ihr Ziel zu erreichen, müssen de la Rúa und Ibarra jedoch die Hürde des so genannten „Ley Cafiero“ (Cafiero-Gesetz), das die Autonomie der Hauptstadt begrenzt, überwinden - ein Unterfangen, das nur durch eine Reform des Gesetzes möglich ist. Als Option bliebe einzig ein Dringlichkeitsdekret für den Fall, dass die geplante Reform wenige Monate vor den Legislativ-

wahlen scheitern sollte.

De la Rúa und Ibarra unterstützen bei ihrem Treffen zudem einen „schnellstmöglichen“ Start des Retiro-Projektes (Anbau eines Shopping-Centers). Beide Politiker sprachen auch über die Verlegung des Stadtflughafens Aeroparque, die Autobahn am Flussufer sowie eine Vereinbarung über die gemeinsame Verwaltung des Hafens. Doch wurden die Themen nur am Rande erwähnt.

Wichtiger war beiden Spitzenpolitikern das nicht unbedeutende politische Gewicht der Unterredung, handelte es sich doch um die erste formelle Begegnung, seit Ibarra am 6. August sein Amt als Chef der Stadtregierung antrat. Aus dem Regierungsgebäude verlautele daher - und darauf wurde ausdrücklich verwiesen - die Ausspreche habe unter vier Augen stattgefunden.

Das Treffen am Dienstag war zudem ein Schuss vor den Bug des

ehemaligen Vizepräsidenten Carlos „Chacho“ Alvarez. Ibarra gilt als privilegierter politischer Gesprächspartner des Präsidenten - und dies nicht nur, weil Ibarra die Bundeshauptstadt regiert. Das Treffen gab dem Stadtregierungschef die Möglichkeit zu zeigen, dass er in der Allianz eigenen Spielraum besitzt und diesen auch gewillt ist auszufüllen.

Ibarra versicherte de la Rúa daher, Treffen mit führenden Persönlichkeiten des PJ, wie dem Gouverneur von Santa Cruz, Néstor Kirchner, die in der Allianz weithin mit Unverständnis aufgenommen wurden, seien Teil des „politischen Zusammenlebens“. Ebenso zeige die Arbeit seiner Kabinettsmitglieder Jorge Telerman und Daniel Filmus, beides hochkarätige PJ-Politiker, dass auch Streitigkeiten zwischen Radikalen und dem Frepaso mit „mehr Allianz“ zu überwinden seien.

Schulterschluss mit Montevideo

Uruguay will gemeinsame Position mit Argentinien gegenüber Kuba

Der Außenminister Uruguays, Didier Operti, hat bei seinem Argentinien-Besuch der Regierung von Präsident Fernando de la Rúa vor den Vereinten Nationen eine gemeinsame Position beider Länder gegenüber Kuba zugesagt. „Wir sind permanent auf der Suche nach Konsens“, sagte Operti am Dienstag nach einem Treffen mit Präsident Fernando de la Rúa und seinem argentinischen Amtskollegen Adalberto Rodríguez Giavarini am Dienstag in der Casa Rosada. Uruguay und Argentinien werden damit zugleich eine gemeinsame Position im Namen des Wirtschaftsblockes Mercosur repräsentieren. Giavarini betonte jedoch, Argentinien werde erst nach der Veröffentlichung des letzten UN-Berichtes über die Situation in Kuba sein Stimmverhalten bekanntgeben.

Hintergrund ist die für April vorgesehene Abstimmung in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf. Dabei wird neuerlich die Menschenrechtslage in Kuba beurteilt. Kubas Staatschef Fidel Castro hatte vor zwei Wochen Argentinien als „Stiefelcker der Yankees“ bezeichnet, wenn es Kuba wie schon im vergangenen Jahr in der Kommission erneut verurteilen sollte. Argentinien hatte daraufhin seinen Botschafter in Havanna „auf unbestimmte Zeit“ nach Buenos Aires zurückbeordert. Seitdem herrscht zwischen beiden Ländern

diplomatische Eiszeit.

Unstimmigkeiten bestehen hinsichtlich der Bewertung Kubas jedoch auch innerhalb der Regierungskoalition. So hatte Innenminister Federico Storani unter der Woche erneut erklärt, auf Kuba herrschten keine „massiven Verletzungen“ der Menschenrechte. Rodríguez Giavarini lehnte es jedoch ab, „Äusserungen von Kabinettskollegen“ zu kommentieren. Er selbst handle im Auftrag des Präsidenten, sagte der Außenminister.

Ein weiteres Thema des Treffens in der Casa Rosada war die Zukunft des ALCA (Acuerdo para el Libre Comercio de las Américas, Freihandelsvereinbarung der beiden Amerikas), der von den USA angestrebte n Freihandelszone. Uruguay ist eines der Länder, die sich am stärksten für ALCA engagiert haben. Und genau diese ALCA-Aktivitäten bieten für den Mercosur angesichts des beharrlichen Widerstandes Brasiliens, den Freihandel nach den Vorstellungen der USA in der Region einzuführen, ein beträchtliches Konfliktpotential.

Operti forderte Argentinien dennoch auf, „Initiative zu ergreifen“ und im Mercosur für den Wirtschaftsblock einzutreten. Uruguay und Argentinien könnten bei einem gemeinsamen Erreichen dieses Zieles als Partner auftreten, sagte Operti.

Randglossen

Senator Losada (UCR Misiones) wurde erwartungsgemäß zum Senatsvorsitzenden für die kommende Sitzungsperiode ernannt, womit er wie bisher amtierender Vizepräsident in Abwesenheit von Präsident Fernando de la Rúa ist. Für die nächste Sitzungsperiode von 2002 an blüht die Möglichkeit, das Ex-Präsident Raúl Alfonsín zum Senator für die Provinz Buenos Aires gewählt wird, auch wenn er gegen Ex-Gouverneur Eduardo Duhalde und dessen vorerst unbekanntem Begleiterin verliert. Als dritter Senator, welchen Posten Alfonsín im Pakt von Olivos mit Präsident Menem ausgehandelt hatte, kann der Ex-Präsident gelegentlich Nachfolger von Losada und damit Vizepräsident de la Rúas werden, in dessen Abwesenheit er Dekrete erlassen kann.

Freilich müssen die justizialistischen Senatoren, die die Mehrheit im Oberhaus kontrollieren und mutmaßlich auch nach den Oktoberwahlen die Provinzkammer beherrschen werden, für Alfonsín als Senatsvorsitzenden stimmen. Seit Ende 1999 wählen sie einen Regierungssenator zum Vorsitzenden, im staatspolitischen Verständnis, dass dieser Posten parteigleich mit der Exekutive sein soll. Allerdings ist Losada keinesfalls gleich Alfonsín in der regierenden UCR, wo der Ex-Präsident auch Parteichef ist und immer wieder eigene Initiativen entwickelt, die dem amtierenden Präsidenten de la Rúa gegen den Strich gehen. Als Interimspräsident auch für wenige Tage handelt Losada, wie es der Präsident wünscht, was bei Alfonsín keinesfalls als sicher gilt und die immer noch frische Erinnerung an das hyperinflationäre Chaos unter seiner Regierung aufkommen lässt.

Spiegel-Leser wissen mehr“ heißt
Ses so schön in der Werbung. Nun, seit der vorletzten Ausgabe wissen die Leser des deutschen Nachrichtenmagazins, dass es Argentinien wirtschaftlich schlecht geht und dass daran die Dollar-Peso-Parität schuld ist. Natürlich wissen die Spiegel-Leser nach der Lektüre des Artikels nicht, dass Argentinier ihre Löhne in Peso beziehen und ihre Schulden oder Mieten in Dollar begleichen müssen. Sie wissen nicht, dass der Kiosk an der Ecke noch am selben Tag der Aufhebung der Parität seine Preise dem Dollarkurs angleichen würde und dass die Gewerkschaften wenig später das Land lahm legten, weil sie eine Anpassung der Löhne fordern. Spiegel-Leser wissen nach diesem Artikel wirklich wenig über Argentinien. Darüber hinaus erfahren sie fälschlich, dass die Dollar-Peso-Parität hier zu Lande „blindaje“ (Schutzpanzer) genannt wird. „Ich weiß, dass ich nichts weiß“, sagt der Philosoph, aber Spiegel-Redakteure wissen das besser und entlassen ihre Leser in Unwissenheit.

Dialog mit Kelpen abgelehnt

Brief bleibt unbeantwortet / Inselrat für gemeinsame Bekämpfung illegalen Fischfangs

Aussenminister Adalberto Rodríguez Giavarini hat am Mittwoch eine gemeinsame Bekämpfung des illegalen Fischfangs vor den Malwinen mit Grossbritannien abgelehnt. Die Meinung der Inselräte interessiere ihn nicht, sagte Giavarini bei einer Pressekonferenz im Aussenministerium. Er werde den Brief daher nicht beantworten. Am Dienstag hatte der Inselrat der Malwinen in einem Schreiben an das Aussenministerium in Buenos Aires ein koordiniertes Vorgehen argentinischer und britischer Patrouillenboote gefordert.

„Der einzige Gesprächspartner in der Malwinenfrage ist Grossbritannien“, unterstrich Susana Ruiz Cerutti, Staatssekretärin für Aussenpolitik, am Dienstag einmal mehr die Position der Regierung. „Wir arbeiten angestrengt und kontrollieren unseren Zuständigkeitsbereich wo wir können“, sagte die mit einer Landkarte bewaffnete Ruiz Cerutti während der Pressekonferenz im Palacio San Martín. Ausserhalb der 200-Meilen-Zone könne Argentinien jedoch „nichts unternehmen“.

Kritik handelte sich die Regie-

rung unterdessen vom ehemaligen Aussenminister Guido Di Tella ein, der Rodríguez Giavarini telefonisch versicherte, „wenn man die Inselbewohner weiter ignoriert, wird eine Verhandlung über Souveränität nicht möglich sein“.

In dem vom Inselrat Richard Cockwell unterzeichneten Schreiben hatten die Kelper die „Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens“ zur Kontrolle der Überfischerei der Tintenfische unterstrichen. Der Raubfang schadet der Wirtschaft der Malwinen ebenso wie der Argentiniers. Bemerk-

enswert an dem Brief war vor allem die erstmalige Abkehr der Kelper von der bisher praktizierten Ablehnung einer direkten Kommunikation mit Argentinien. Im Gegensatz zur Versicherung von Ruiz Cerutti, dass Grossbritannien den Brief nicht goutiere, verlautete von den Malwinen, der dort zu Besuch weilende britische Vizeausserminister John Battle habe den Brief „gutgeheissen“. Das Thema sei bei den Gesprächen Battles mit den Inselräten diskutiert worden.

WOCHENÜBERSICHT

Arbeitslosenprotest

Rund 5000 Demonstranten haben am Mittwoch in Buenos Aires von Präsident Fernando de la Rúa eine Änderung der Arbeitspolitik gefordert. Der Protestmarsch richtete sich gegen die Neuregistrierung der 8400 Nutzniesser des „Plan Trabajar“, was die Führer der verschiedenen Arbeitslosenorganisationen ablehnen. Arbeitsministerin Patricia Bullrich lehnte es jedoch ab, die im Vorort La Matanza gestarteten Demonstranten in ihrem Amtssitz zu empfangen. Die Protestler drohten daher mit der Ausdehnung weiterer Demonstrationen auf das ganze Land. An dem Marsch nahmen neben CTA-Chef Víctor De Gennaro auch die Arbeitnehmervertreter Carlos „El Perro“ Santillán und Luis D'Elia teil. Gegen letzteren ermittelt die Justiz wegen Manipulationen von Arbeitslosengeldern.

PJ gegen Rentenreform

Die beiden PJ-Fraktionen im Kongress haben am Mittwoch eine Vorlage eingebracht, in der die Aufhebung des Präsidialdekrets über die Rentenreform vorgesehen ist. Gleichzeitig wurden beide Kammern aufgerufen, in einer Frist von 180 Tagen eine Norm zur Verbesserung des Altersversorgungssystems zu verabschieden.

Trio gegen Menem

Gouverneur Carlos Reuteman hat am Dienstag in Rosario mit seinen Amtskollegen aus Buenos Aires und Córdoba, Carlos Ruckauf und José Manuel de la Sota, Übereinstimmungen im sozialen und politischen Bereich diskutiert. Thema war auch die „Konsolidierung eines politischen Pols“ im PJ, um bei den Internwahlen gemeinsam gegen Carlos Menem anzutreten.

Arias Senatorenkandidat

Der Ultramenemist César Arias will wieder in den Kongress, aber diesmal als Senator. Am Dienstag startete er offiziell seine Kandidatur am Sitz der Splittergruppe „Renovación a Fondo“ (Erneuerung von Grund auf) in der Innenstadt. In einem Kommuniqué garantiert Arias die von den Bürgern geforderte „Reinigung des Senats“.

Prozess gegen Branda

Gegen einen der zwölf in den Bestechungsskandal um die Verabschiedung der Arbeitsreform verwickelten Senatoren ist am Mittwoch ein Prozess angestrengt worden. Gegen Ricardo Branda wird jedoch zunächst wegen eines Vergehens aus dem Jahr 1995 ermittelt. Dem PJ-Politiker und Beisitzer im Richterrat wird vorgeworfen, mit seiner Ehefrau eine von der Berufskammer der Notare in Buenos Aires finanzierte Reise nach Deutschland unternommen zu haben.

Ex-Gouverneur vor Gericht

Am Mittwoch hat in der Provinzhauptstadt San Salvador de Jujuy die erste öffentliche Gerichtsverhandlung gegen einen peronistischen Ex-Gouverneur und dessen ehemalige Funktionäre begonnen. Carlos Alfonso Ferraro, der im November 1998 nach sozialen Unruhen und Ausschreitungen zurücktreten musste, wird verdächtigt, mit dem irregulären Ankauf von Medikamenten eine Million verdient zu haben.

Freispruch

Der Oberste Gerichtshof hat das Urteil eines Córdobeser Gerichts anerkannt, in dem der Ex-Gouverneur von Córdoba und heutige Nationalsenator Eduardo Angeloz (UCR) aus Mangel an Beweisen von dem Vorwurf der ille-

galen Bereicherung freigesprochen wird. Der Einspruch des Generalstaatsanwaltes der Provinz, Marcelo Brito, sei unzulässig, urteilten die Obersten Richter.

Richter unter Anklage

Adolfo Bagnasco wird aus der Justiz nicht ohne Probleme ausscheiden können. Am Mittwoch wurde gegen den Bundesrichter eine Strafanzeige wegen „schlechter und unmoralischer Amtsausübung“ erstattet. Kläger ist der Frepaso-Abgeordnete Pablo Fernández, ein Mitglied der Kommission des Richterrates. Bagnasco hatte zuvor angekündigt, bis zum Monat Mai sein Amt aufgeben und in die Politik wechseln zu wollen.

Dante Caputo geht

Der Staatssekretär für Technologie, Wissenschaft und produktive Innovation, Dante Caputo, ist am Montag von seinem Amt zurückgetreten. Seine Entscheidung

begründet der ehemalige Aussenminister der Regierung Raúl Alfonsín mit dem Fehlen „offizieller Unterstützung“ für seinen Plan zur Neugestaltung der Aufgaben des Sekretariats. In den letzten Monaten hatte Caputo, der in seinem Amt direkt dem Präsidenten unterstand, mehrfach diesen Schritt angekündigt.

Tod in den Anden

Bei einem Bergunfall nahe Bariloche sind am Donnerstag sechs Soldaten ums Leben gekommen und zwei weitere verletzt worden. Die Einheit sei bei Übungen an dem 3554 Meter hohen Berg Tronador abgestürzt, teilte der Direktor der militärischen Bergsteigerschule, Oberleutnant Hector Madina mit. Der Grund des Unglücks war zunächst unbekannt. Erst am Samstag war ein 53-jähriger Österreicher beim Aufstieg zum Aconcagua an einer Lungenembolie gestorben.

San Luis' Rückzug aus dem Kongress

Völlig unerwartet hat der Gouverneur von San Luis, Adolfo Rodríguez Saá, am Montag den Rücktritt der Parlamentarier des Provinz-PJ aus dem Kongress verkündet. Einzige Ausnahme ist der Abgeordnete Oraldo Britos, der als „Botschafter der Provinz“ in Buenos Aires bleiben soll. Die zurückgetretenen Parlamentarier sollen Ämter in der Provinzregierung von San Luis erhalten. Der Kongress habe durch die Schmiergeldaffäre sein Ansehen verloren, sagte Rodríguez Saá. „Die Parlamentarier von San Luis tun mit diesem historischen Akt etwas Gutes für die Provinz“, sagte der Gouverneur.

Rodríguez Saá erklärte, er habe keinen der Parlamentarier um den Rücktritt gebeten. Vielmehr hätten diese den Vorschlag selbst eingereicht. Offiziell handelt es sich bei dem politischen Manöver um eine Strategie zur Stärkung der Provinzregierung. Politische Gegner vermuten jedoch einen Zusammenhang mit der Anzeige gegen den Senator Alberto Rodríguez Saá wegen „unrechtmäßiger Bereicherung“. In der Justizuntersuchung gegen den Bruder des Gouverneurs geht es um die ungeklärte Herkunft von Immobilienbesitz im Wert von mehr als 23 Millionen Pesos.

Die Senatoren Alberto Rodríguez Saá und Carlos Sergnese werden bei ihrer Rückkehr Kabinettschef bzw. Berater des Gouverneurs. Die beiden waren die einzigen Senatoren, die sich im Zuge des Bestechungsskandals im Senat weigerten, ihre Vermögenswerte der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Allein unter Argentinern

Beim erstmals ausgetragenen ATP-Tennisturnier in Buenos Aires ist der Österreicher Markus Hipfl am Freitag im Viertelfinale verletzungsbedingt ausgeschieden.

Der 22-Jährige musste im Spiel gegen den Spanier Fernando Vicente nach verlorenem ersten Satz (4:6) wegen einer erneut aufgebrochenen Schulterverletzung aufgeben.

Zuvor hatte der Oberösterreicher bei seinem erst zweiten Turnierauftritt nach dreimonatiger Verletzungspause den ehemaligen Welttranglisten-Ersten Marcelo Ríos (Chile) und den Spanier Alberto Martín bezwungen. Der Deutsche Daniel Elser war bereits in der Startrunde gescheitert.

Bei dem mit 625.000 Dollar dotierten Sandplatzturnier wird am morgigen Sonntag in jedem Fall zumindest ein Argentinier um den Titel spielen. In der unteren Setzhälfte standen sich am Freitag im Viertelfinale (bei Redaktionsschluss noch nicht beendet) Guillermo Coria und Gastón Gaudio sowie José Acasuso und Franco Squillari gegenüber. In der oberen Tableau-Hälfte hatte sich der topgesetzte Weltranglisten-Erste Gustavo Kuerten (Brasilien) bereits für das Halbfinale qualifiziert.

Fußball

Passarella zurückgetreten

Daniel Passarella ist als Nationaltrainer von Uruguay zurückgetreten. Der Kapitän der argentinischen Weltmeister-Mannschaft von 1978 gab als Grund Differenzen mit der Führung von Landesmeister Nacional an. Passarella hatte einen Spieler von Nacional für eine Länderspielreise nach Europa nominiert, dieser hatte jedoch mit seinem Club an einem Spiel der Copa Libertadores in Chile teilgenommen. Nachfolger von Passarella wird bis zum Ende der WM-Qualifikation im November der bisherige Juniorentrainer Victor Púa. Dem „Kaiser“ selbst werden Wechselabsichten nach Italien nachgesagt.

TABELLE

Torneo Clausura

3. Spieltag: River Plate - Colón 3:0, Gimnasia LP - Boca Juniors 0:1, Racing - San Lorenzo 2:0, Vélez - Estudiantes LP 1:1; Huracán - Independiente 2:1, Belgrano - Los Andes 0:0, Unión - Argentinos Jrs. 3:0, Newell's - Chacarita 1:2, Lanús - Rosario Central 4:1, Almagro - Talleres 2:2.

Tabellenspitze: 1. River, Unión beide 9 Punkte; 3. Rosario Central, Colón beide 6.

Copa Libertadores

Boca - Oriente Petrolero 2:1, River - The Strongest 5:1, Rosario Central - Universitario de Lima 6:0, Vélez - Junior de Barranquilla 2:0.

AUSFLÜGE UND REISEN

Feierlichkeiten anlässlich des Osterfestes

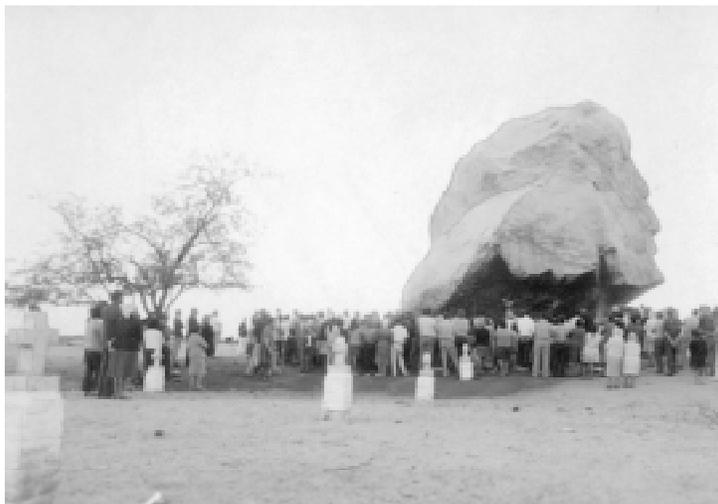
Heuer fällt das Osterfest ziemlich spät, nämlich wie traditionell auf den Sonntag nach dem ersten Vollmond, der auf den (nördlichen) Frühlingsanfang am 21. März folgt. Wie üblich wird bei uns an vielen Orten der Feiertag auch diesmal mit viel Pomp und Inbrunst begangen.

Einige dieser Feierlichkeiten sind besonders erwähnenswert. Einmal die Osterprozession am 15. April in Tandil (Provinz Buenos Aires), wo vor Jahren auf einem Hügel am Stadtrand von bekannten Bildhauern ein künstlerisch wertvoller Kreuzgang mit lebensgrossen Skulpturen (El Calvario) geschaffen wurde, die allein schon die Reise lohnen.

Tausende von Gläubigen strömen aus diesem Anlass alljährlich nach Tandil, 350 Kilometer von Buenos Aires entfernt, um an der imposanten Prozession teil zu nehmen.

Gleichfalls zu Ostern findet eine wahre Massenpilgerung zum Señor de la Peña im Norden von La Rioja, unweit Aimogasta und Anillaco, statt. Dabei handelt es sich um einen mitten in der Wüste liegenden, riesigen Felsblock, der, von der Seite betrachtet, das Profil eines Mannes mit langer Mähne aufweist - dem Volksglauben zu Folge das Ebenbild Christi. Von weit her kommen die Menschen, im Wagen, mit dem Esel oder gar zu Fuss, um beim Señor de la Peña Gründonnerstag, Karfreitag und Ostersonntag zu verbringen und die Pilgerfahrt mit der Teilnahme an der Osterprozession abzuschliessen.

Relativ neu, jedoch erhaben,



Osterprozession am Señor de la Peña.

sind auch die Passionsspiele in Tafi del Valle, Tucumán, wo Laienschauspieler den Leidensweg bis zur Kreuzigung in „La Pasión de Nuestro Señor Jesucristo“ eindringlich darstellen.

Doch auch anderswo, wie beispielsweise bei der Difunta Correa in Caucete, unweit San Juan, geben sich wahre Menschenmengen zu Ostern ein Stelldichein.

Kurz und Gut

- Colón, Entre Ríos, liegt knapp drei Fahrstunden von der Bundeshauptstadt entfernt am Río Uruguay. In den letzten Jahren haben die Thermalquellen von Colón immer grössere Beachtung erlangt und ziehen mehr und mehr Besucher an. Von Colón aus kann man sowohl den Nationalpark El Palmar besuchen als auch den historischen Palacio San José, von General Urquiza erbaut. Ein

Dampfzug verkehrt zum Vergnügen der Touristen zwischen dem Palast und Villa Elisa, wo gleichfalls warme Quellen sprudeln.

- Seit Ende 2000 hat Argenti-

nien einen neuen Nationalpark, obwohl die diesbezüglichen Meldungen weitgehend unbeachtet blieben. Es handelt sich um den Parque Nacional Los Venados im Nordosten der Provinz San Luis, rund 130.000 Hektar umfassend. Hier tummeln sich, ähnlich wie in La Pampa, viele Hirsche, die es in ihrem Habitat des sog. Pastizal Pampeano zu schützen gilt. Allerdings beginnt die Nationalparkverwaltung erst nach und nach, die erforderlichen Einrichtungen anzulegen.

- Mendoza hat wie schon in den vergangenen Jahren erneut das Reiseprogramm „Verano 4 x 3“ aufgelegt: der Besucher kann viermal nächtigen und bezahlt nur für drei Übernachtungen, bei Tarifen ab 57 Pesos pro Tag und Kopf, je nach Qualität der Unterkunft. Auskünfte inn der Casa de la Provincia de Mendoza, Callao 445.

Marlú

Road-Movie

„Cabecita rubia“ - Argentinien 2000, 83 Min. Regie: Luis Sampieri. Mit Eusebio Poncela, Micky Ruffa.

Die zweite argentinische Film Premiere in diesem Jahr bringt uns einen echten „Road-Movie“, in dem sich allerhand skurrile Figuren tummeln. So z.B. der Hypnotiseur und Schwertschlucker Tulan (E. Poncela), seine Gefährtin Marta, die sich des Lebens müde in sein Schwert stürzt, der Transvestit „Cabecita rubia“, der alles tut, um mit seinem Geld zu einer Operation nach Chile zu gelangen, oder die minderjährige Martita, die davon träumt, ein Star zu werden, schliesslich aber von Tulan an ein Bordell verkauft wird. Ein weiteres Mal präsentiert sich der Argentinische Film als eher anstrengend. Das Fehlen wirklicher Handlung soll hier zum eigentlichen Handlungsträger werden, doch das gelingt nur ansatzweise. Nur bedingt zu empfehlen.

tb

Repsol YPF: Bilanzjahr 2000

Im ersten Bilanzjahr, das die Eingliederung von YPF voll widerspiegelt, wies Repsol YPF US\$ 2,29 Mrd. Gewinn aus, um 140,2% mehr als im Vorjahr. Der Netto-cashflow betrug US\$ 5,94 Mrd., gegen US\$ 3 Mrd. im Vorjahr. Das Betriebsergebnis stieg um 137,4% auf rd. US\$ 5,89 Mrd. Der Umsatz stieg um 73,9% auf US\$ 43,15 Mrd.

Die neue Geschäftsstruktur wurde durch die Eingliederung von YPF internationaler und ausgewogener. Im Berichtsjahr wurden nur 35% der Unternehmensgewinne in Spanien erwirtschaftet. Durch den Zusammenschluss konnten Synergie-Einsparungen von US\$ 280 Mio. erzielt werden.

Der Erfolg des Geschäftsjahres ist auch auf folgende Umstände zurückzuführen:

1. Zunahmen in allen Geschäftsbereichen, da sich die Eingliederung von YPF zum ersten Mal voll auswirkt.

2. Der Rohölpreis: Der Durchschnittspreis für Brent-Öl betrug 1999 US\$ 17,9 und 2000 US\$ 28,4 pro Barrel.

3. Die günstige Entwicklung der internationalen Preisspannen für die Raffinerie. Der Raffinerie-Index betrug 2000 in Spanien US\$ 3,4 pro Barrel, mehr als das Doppelte von 1999.

4. Die bedeutenden Zunahmen im Bereich Erdgas, besonders in Lateinamerika.

5. Die besseren Gewinnspannen im Chemikaliengeschäft.

Negativ wirkten sich auf das Ergebnis aus, dass die gemässigte Endpreispolitik des Unternehmens die Gewinnspannen bei Erdölprodukten verringerte und die praktische Preiseinfrierung für abgefülltes Butan- und Propan-Pressgas in Spanien durch beinahe das ganze Jahr.

Im Jahr 2000 wurden Investitionen für US\$ 5,77 Mrd. durchgeführt. Davon in Erschliessung und Förderung US\$ 2,17 Mrd., vorwiegend im Ausbau von Fördergebieten und Kauf von Ölreserven. In Raffinerie und Marktbearbeitung wurden US\$ 1,22 Mrd. investiert, besonders in Erneuerungen in den Raffinerien und Verbesserungen des Vertriebsnetzes. Die Investitionen in Erdgas und Strom betragen US\$ 1,95 Mrd., schwerpunktmässig durch den Erwerb von Gasvertriebs-Unternehmen in Brasilien und Mexiko und Erweiterungen der Transport- und Vertriebs-Infrastrukturen. Im Chemiebereich wurden US\$ 336 Mio. investiert und in den Bereich Körperschaften US\$ 101 Mio.

Die wichtigsten Betriebsergebnisse nach Geschäftsbereichen sind:

In Erschliessung und Förderung wurden US\$ 3,64 Mrd. erwirtschaftet, gegen US\$ 1,12 Mrd. im Vorjahr. Die starke Zunahme ist auf die Eingliederung von YPF und die Zunahme der Rohölpreise um über US\$ 10 pro Barrel zurückzuführen. Die zum 31.12.00 bestätigten Reserven betragen 4,78 Mrd. Barrel gegen 4,53 Mrd. ein Jahr zuvor. Die Förderung erreichte 368 Mio. Barrel, knapp über 1 Mio. Barrel/Tag, gegen 243 Mio. Barrel im Vorjahr. Der Wiederbeschaffungsindex der Reserven betrug 166% Raffinerie und Marketing brachten ein Geschäftsergebnis von US\$ 1,25 Mrd. ein, um 31,1% mehr als 1999. Dadurch konnte die geringere Gewinnspanne aufgefangen werden, die durch die nur teilweise Übertragung der höheren Erdölpreise auf die Endverbraucher entstand. Insgesamt verkaufte Repsol YPF im Berichtsjahr 51,4 Tonne Erdölprodukte, um 12,1% mehr als 1999. 49% davon wurden in Spanien abgesetzt.

Das Geschäftsergebnis des Bereiches Chemikalien lag mit US\$ 143 Mio. um 15,1% über dem des Vorjahres. Das bessere Ergebnis ist vorwiegend auf die Äthylen- und Propylenproduktion zurückzuführen. Verarbeitete Chemikalien litten unter starkem Preisdruck. Der Gesamtverkauf petrochemischer Erzeugnisse betrug 2,8 Mio. Tonnen, um 13% mehr als im Vorjahr.

Erdgas und Strom brachten ein Geschäftsergebnis von US\$ 949 Mio. ein, gegen US\$ 374 Mio. 1999. Das Ergebnis ist auf die Konsolidierung der 100% von Gas Natural ab 1.1.00 zurückzuführen, auf die grösseren Lieferungen an Endverbraucher durch Erhöhung der Kundenzahl und grössere Abnahmen der Industrie, dank der guten Konjunktur in Spanien, sowie auf die Ausdehnung in Lateinamerika. Direkt und indirekt beliefert Repsol YPF rd. 8,9 Mio. Kunden mit Erdgas, davon 3,61 Mio. in Spanien, der Rest in Lateinamerika. Der Gasabsatz erreichte 238,6 Mrd. Wärmeeinheiten, um 112,9% mehr als im Vorjahr.

Im Jahr 2000 wurden weitere Aktiven abgestossen, um den Schuldenstand zu verringern. Seit dem Kauf von TPF im Juni 1999 wurden durch Veräusserungen von Aktiven US\$ 2,13 Mrd. eingenommen, in diesem Jahr bereits US\$ 478 Mio. Die letzten verkauften Aktiven sind Erschliessungen und Förderungen in der westägyptischen Wüste und 36% an einer Erdölleitung zwischen Argentinien und Chile.

Die Dividende für die Repsolaktie wird für 2000 bei US\$ 0,18 liegen, um 19% mehr als für das vorhergehende Bilanzjahr.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die durchschnittlichen Jahreszinssätze für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen bei den wichtigsten Banken in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6,35%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 7% auf 459,71, der Burcapindex um 5% auf 793,18 und der Börsenindex um 4,1% auf 16.220,35.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 3,4% auf \$ 0,7760.

Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betrugen am 16.2. \$ 25,93 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 13,93 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 25,92 Mrd. bzw. \$ 14,37 Mrd., vor einem Monat \$ 26,18 Mrd. bzw. 14,41 Mrd. und vor einem Jahr \$ 26,28 Mrd. bzw. \$ 14,38 Mrd.

Nach Angaben der nationalen Versicherungsbehörde (Superintendencia de Seguros de la Nación) waren Ende 2000 insgesamt 4,01 Mio. Kfz versichert, davon 497.013 bei La Caja, 229.402 bei Omega, 131.479 bei Omega-Genossenschaft, 293.226 bei Federación Patronal, 280.688 bei San Cristobal, 226.149 bei Provincia, 205.594 bei Mercantil Andina, 191.316 bei MAPFRE, 156.420 bei La Buenos Aires, 156.420 bei La Segunda und 136.266 bei Sancor. Die Zahl der eingetragenen Kfz beträgt 10,17 Mio. Wenn man 35% davon abzieht, die sich schätzungsweise nicht mehr im Verkehr befinden, gelangt man auf 6,6 Mio. Kfz, so dass nur 60% durch eine Versicherung gedeckt sind.

Der Argentinische Hüttenverband CIS gab die Produktionszahlen vom Januar in 1000 t bekannt: Roheisen 284,1, (im Vormonatsvergleich -6,3%, im Vorjahresvergleich +8%, im Vergleich der letzten 12 Monate mit den vorhergehenden +19,5%). Davon Gusseisen 174,4 (-3,7%, -0,6%, +9,7%) und Schwammeisen 109,7 (-10,1%, +25,5%, +38,2%). **Rohstahl 327,7 (-16,7%, +8,7%, +17%).** Warmwalzprodukte 317,1 (-10,3%, +2,6%, +8,2%). Davon Profile und nahtlose Rohre 123,9 (-30%, +8,1%, +15,6%) und Bleche u. Bänder, einschliesslich für die kalte Weiterbehandlung 193,1 (+9,5%, -0,7%, +2,6%). **Kaltwalzprodukte ausschliesslich der bereits angeführten 124,3 (+13,2%, +0,9%, -3,9%).**

Die Provinzen Santa Cruz, Santa Fe, La Pampa, Córdoba und Chubut verhandeln mit der Wirtschaftsführung über die Übertragung ihrer Rentenkassen an den Staat. Das bedeute u.a., dass sich zu einem gegebenen Zeitpunkt mehr als 200.000 Provinzbeamten bei privaten

Rentenkassen eintragen könnten. Das 1999 von der Zentralregierung und den Provinzen unterzeichnete Abkommen sieht vor, dass der Staat in diesem Jahr 20% des Defizits von Provinzrentenkassen, die noch nicht an ihn übertragen wurden, auf sich nehmen muss. Im Gegenzug müssen die Provinzen ihre Rentensysteme an das staatliche anpassen. Bisher wurden die Rentenkassen der Provinzen Catamarca, Jujuy, La Rioja, Mendoza, Rio Negro, Salta, San Juan, San Luis, Santiago del Estero, Tucumán und Buenos Aires Stadt an den Staat übertragen. Im Haushalt 01 sind \$ 40 Mio. für die Provinzrentenkassen vorgesehen.

In den 3 Ermittlungsgebieten des Arbeitsministeriums, Gross Buenos Aires, Córdoba und Rosario, wurde im Januar im Vormonatsvergleich keine Änderungen der Beschäftigtenzahlen festgestellt. Ermittelt wird in Betrieben ab 10 Beschäftigten, insgesamt mit rd. 1,8 Mio. Arbeitnehmern. Die Zahl der Entlassungen und Suspendierungen ist im selben Vergleich zurückgegangen und in Córdoba und Gross Buenos Aires haben die Arbeitsstunden zugenommen. Córdoba verzeichnete im 2. Monat in Folge Zunahmen bei den Neueinstellungen. In Rosario hat der Beschäftigtenstand im Vorjahresvergleich, vorwiegend im 2. Halbjahr, um 1,7% zugenommen

Das Energiesekretariat hat mit Beschluss 131/01 die automatische Bewilligung der Erdgasausfuhren verfügt, vorausgesetzt, dass die notwendigen Inlandslieferungen und Reserven gesichert sind. Im Vorjahr wurden 45 Mrd. cbm Erdgas gefördert, um 7% mehr als 1999. Die Ausfuhren, 4,5 Mrd. cbm vorwiegend nach Chile, lagen um 36% über 1999.

Die Banco de la Nación hat mit der Provinz Santa Fe ein Umschuldungs-Rahmenabkommen für Landwirte unterzeichnet. Der Jahreszinssatz beträgt 7%, die Frist 20 Jahre. Die Kredite erhalten Landwirte die im Zahlungsverzug oder Notstand sind, für Schulden bis zu \$ 50.000. Die Provinz garantiert ausserdem die Dollarbonds zu 10,5% Jahreszins, die die begünstigten Landwirte zur Anzahlung erwerben müssen.

Brasilien errichtet eine Maul- und Klauenseuche-Schranke an der Grenze mit Argentinien, bis die Fachberichte aus den mutmasslichen Gefahrengeländen ausgewertet sind. Alle Fahrzeuge aus Argentinien werden an der Grenze desinfiziert und Fleischlieferungen beschlagnahmt. Im argentinischen Landwirtschaftssekretariat wurde bestätigt, dass Impfungen durchgeführt werden, obwohl noch kein Fall entdeckt wurde.

Die Banco de la Nación hat einen

neuen Hypothekenkredit auf bis zu 20 Jahren, zu 10,5% im Jahr, vorgestellt. Er ist für junge Ehepaare mit mindestens \$ 450 Monatseinkommen bestimmt, die ihr erstes Heim erwerben wollen, ohne den herkömmlichen Auflagen genügen zu können. Der Kredit mit 3 Monaten Karenz wird bis zu 90% des Wohnungswertes decken. Privatbanken finanzieren bis höchstens 80%.

Die Wirtschaftsführung hat die Banco de Galicia beauftragt, den für US\$ 250 Mio. zu 12% Jahreszins neueröffneten Globalbond 2031 anzubieten. Die Auflage wendet sich an argentinische institutionelle Anleger. Das Angebot ist Teil der Gesamtaufgabe für US\$ 2,6 Mrd., die für dieses Jahr vorgesehen ist.

Freddo, die grösste, der Exzellente Gruppe gehörende Eiscremekette des Landes, hat im Vorjahr 12 seiner 54 Verkaufslöke geschlossen. Nach Sommerende sollen 4 weitere folgen. Der Umsatz war 1999 um 33% und 2000 um 17% geringer als im jeweiligen Vorjahr.

Die 8 grossen Supermarktketten des Landes, die 1998 rd. 70% der US\$ 12,72 Mrd. Umsatz aller Supermärkte tätigten, haben im Vorjahr 80% der Gesamtverkäufe von US\$ 11,86 Mrd. verbucht. Die Consultingfirma CCR gibt weiter an, dass es landesweit bereits über 1.000 Supermarktlöke gibt. In 2 Jahren Rezession haben die Supermärkte 4% Umsatz eingebüsst, gegen 5% aller Lebensmittelgeschäfte und 8% bei Konsumgütern wie Textilien, Elektronik, usw.

Die Provinz Salta hat Bonds mit Investment grade für US\$ 235 Mio. aufgelegt. Sie konnte damit Schulden an lokale Banken bezahlen, damit 30% der belehnten Beteiligungen and Nationalsteuern freibekommen und die Provinzschulden um 35% verringern. Die Umschuldung erfolgte zu durchschnittlich 13,5% Jahreszins und 4 Jahren Laufzeit. Eine der Asgaben erfolgte zu 11,5% auf 15 Jahre.

Die unter dem Vorsitz von Justizminister Jorge De la Rúa neugeschaffene Finanzüberwachungsbehörde zur Ermittlung von Geldwäsche hat Steuereinsamler Rodríguez angeordnet, dass er untersuche, ob die liquidierte Banco República Steuerdelikte begangen hat. Ein Richter untersucht die mutmasslich betrügerische Schliessung der Bank. Ein US-Senatsunterkomitee erwähnte die Beziehung der Banco República zur Federal Bank der Bahamas als der Überweisung von Schmiergeldern verdächtig.

Die BSCH (Banco Santander Central Hispano), die grösste spanische Bank, und BBVA (Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, die zweitgrösste, wollen 100% ihrer Filialen in Argentinien erwerben. Die BSCH

Aktiventausch von PeCom und Repsol YPF

Der angekündigte Austausch von Aktiven zwischen Repsol YPF, dem fünftgrössten Erdölunternehmen Europas und der zur Pérez Compancgruppe, dem grössten Unternehmen argentinischen Kapitals, gehörenden PeCom, wurde abgeschlossen. Wie der Börse mitgeteilt wurde, beträgt der Wert des Aktiventausches US\$ 434,5 Mio.

Repsol YPF tritt seine 30% ige Beteiligung am Erdölförderungsgebiet Santa Cruz I und die 62,2% ige an Santa Cruz II an PeCom ab., die damit an dem erstgenannten Gebiet mit 71% und an dem letztgenannten mit 100% beteiligt ist. Im Gegenzug erhält Repsol YPF die 20,25% ige Beteiligung, die PeCom an dem bolivianischen Erdölunternehmen Empresa Petrolera Andina besitzt.

Empresa Petrolera Andina entstand 1997 aus der Privatisierung von YPFB, Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos, und ist das grösste Erdölunternehmen

wird ihr Kapital um 0,7% aufstocken, um ihre Beteiligung am Banco Rio um 18,5% auf 99% zu erhöhen. Die BBVA will die Restbeteiligung an der Banco Francés durch Aktientausch erwerben.

Die neue Kammer der kleinen und mittelständischen Nahrungsmittelunternehmen Reunida (Cámara de Representantes Unidos de la Industria de Alimentos) will die Arbeit ihrer Vorgängerin Unida fortsetzen, die 1998 aufgelöst und der Copal eingegliedert wurde. Ihr Vorsitzender ist der ehemalige ZB-Präsident González Fraga. Reunida vereinigt 25 Kammern die über 150 Betriebe vertreten und rd. 30 Firmen, die sich direkt angeschlossen haben.

Durch einem Beschluss des Staatssekretariates für kleine und mittelständische Unternehmen (Sepyme) wird als einziger Masstab für die Einstufung eines Unternehmens als Kleinst-, kleines- oder mittelständischen Unternehmen sein Jahresumsatz angewendet. Das wird Kleinbetrieben den Zugang zu Fördermassnahmen wie subventionierte Kredite erleichtern. Dafür wurde der Mindestumsatz bei Dienstleistungen mit \$ 250.000, bei Handelsbetrieben mit \$ 1 Mio., bei Industriebetrieben mit \$ 500.000 und bei Landwirtschaftsbetrieben mit \$ 150.000 festgelegt. Bisher war eine komplizierte Mischung aus Jahresumsatz, Mitarbeiterzahl und dem Produktwert ausschlaggebend. Damit die neue Methode allgemeingültig wird, ist ein Regierungsdekret erforderlich.

des Nachbarlandes. Durch den Kauf weiterer 9,5% dieses Unternehmens von der Pluspetrol Bolivia vereint das spanische Unternehmen 50% der Empresa Petrolera Andina und erhält damit die Kontrolle dieses Unternehmens, von dem es bereits Betreiber ist, sowie die Beteiligung an den Erdgasgebieten San Alberto und San Antonio, in denen die Förderung kürzlich aufgenommen wurde. Wie Repsol YPF mitteilte, werden diese beiden Fördergebiete 70% des Erdgases für die Pipeline von Bolivien nach Brasilien liefern. Zusätzlich werden die 50%igen Beteiligungen von PeCom an den Fördergebieten

Manantiales Behr und Restinga Alí, beide im San Jorgegolf, an Repsol YPF abgetreten.

Die Empresa Petrolera Andina hat mit der brasilianischen Petrobras einen Kaufvertrag auf 20 Jahre für das über die Erdgasleitung zu liefernde Gas. Grund für den Austritt von PeCom aus dem bolivianischen Unternehmen war, dass Petrobras Inhaber der Erdgasleitung ist, wodurch der freie Zugang zum brasilianischen Gasmarkt verwehrt ist. Das Unternehmen in Bolivien hat bedeutende mittelfristige Pläne, doch die Aktiven, die Pe-Com für seine Beteiligung erhält, sind bereits voll in Betrieb.

Die Fertigstellung von Yacyretá

Das im Teilbetrieb befindliche Wasserkraftwerk von Yacyretá soll in fünf Jahren endgültig fertiggestellt sein. Wie der Vorstandsvorsitzende des Argentinien und Paraguay gehörenden Unternehmens bekanntgab, seien die dafür notwendigen US\$ 525 Mio. gesichert. Die endgültige Fertigstellung wird in verschiedenen Bauetappen erfolgen.

● Der Pegel des Staudammes muss von derzeit nur 76 m über dem Meeresspiegel auf 83 m erhöht werden. Um diesen im ursprünglichen Bauplan vorgesehenen Wasserstand, und damit die vorgesehene Leistung erwirtschaften zu können, ist eine Investition von US\$ 285 Mio. notwendig. 2005 sollen die 20 bereits eingebauten Turbinen voll ausgelastet werden können.

● Das zusätzliche Werk am Aña Cuña-Flussarm mit drei Turbinen wird US\$ 200 Mio. erfordern. Fünf Konsortien aus insgesamt 20 In- und Ausländischen Unternehmen hätten sich bereits eingetragen. Hier wird der Staat weder Mittel noch Garantien stellen. Die Zahlung erfolgt durch den Verkauf des zusätzlich gewonnenen Stromes.

● Für rd. 2.000 Familien, die durch Überschwemmungen wegen der Pegelerhöhung umgesiedelt werden müssen, werden Wohnungen gebaut.

● \$ 5 Mio. sind für den Umweltschutz vorgesehen. Dazu gehört die Versetzung von Fischbeständen in günstige Gebiete, um zu verhindern, dass Fische in den Turbinen umkommen. Dazu werden Wasserwege für die Fische, einschliesslich eines im Lande einmaligen Strömungsgenerators gebaut. Gleichzeitig werden am Paranáfluss, zwischen Yacyretá und Iguazú, 26 untereinander verbundene Hochwassersensoren eingebaut.

● Unter den vorgesehenen Ergänzungsarbeiten befinden sich Uferbefestigungen, Strassenbauten, Gebäude und Infrastrukturanlagen. \$ 120 Mio. sind für die Kanalisierung des Aguapey-Baches bestimmt.

Die Finanzierung wird durch einen Treuhandfonds erfolgen, der durch den Verkaufserlös zusätzlich gewonnenen Stromes abgesichert ist.

Der Interventor des Rentnersozialwerkes PAMI erklärte, obwohl ihm die Entlassung von 4.000 bis 9.000 der 12.000 Mitarbeiter angeordnet wurde, er nur 1.394 Mitarbeiter abbauen wird. Er würde Einsparungen von \$ 435 Mio. im Jahr durchführen, habe jedoch auch vom Arbeitsministerium und dem Kabinettschef gefordert, dass dem PAMI eine jährliche Zuwendung von \$ 139 Mio. rückerstattet werden muss, die ihm im letzten Jahrzehnt abgesprochen wurde. Der Beamtenabbau werde die Funktionsfähigkeit des PAMI nicht beeinträchtigen. Mit 4,2 Mio. Mitgliedern sei es das grösste Sozialwerk Südamerikas.

In Anwesenheit Präsident de la

Rúas, der das neue Abstimmungssystem mittels Fingerabdruck für das Parlament ausprobieren konnte, wurde die neue Software-Zentrale der NEC eingeweiht. In den nächsten 5 Jahren sollen US\$ 100 Mio. investiert werden. Der Kommunikationsmarkt wird in Argentinien bis 2005 von derzeit \$ 8,43 Mrd. auf \$ 14,23 Mrd. wachsen und NEC will hier Software auf Spanisch für ganz Lateinamerika entwickeln.

Vertreter der Pflanzenöl- und Getreidemühlenbetriebe fordern von der Regierung sofortige Handelsmassnahmen gegen Chile, die für diese Lieferungen aus Argentinien Zölle von 50% bis 70% erhe-

Die grossen Provinzen für sektorielle Förderung

Die Produktionsminister der Provinzen Buenos Aires, Santa Fe und Córdoba haben gemeinsam Vorschläge für ihre Gouverneure ausgearbeitet, um gewisse Wirtschaftsbereiche in Schwung zu bringen.

Für die Milchwirtschaft soll ein Institut zur Förderung dieser Tätigkeit in den drei Provinzen geschaffen werden, das über einen Unterstützungsfonds mit Mitteln aus den Provinzkassen verfügen wird. Angepeilt werden u.a. die Erschliessung neuer Auslandsmärkte und die Förderung von Geschäftsverbindungen.

Auch sollen die Parlamentarier aus diesen Provinzen im Nationalen Parlament Gesetzesvorlagen zur Schaffung eines Institutes zur Förderung der Fleischausfuhren einbringen, an dem Vertreter von Provinzregierungen teilnehmen könnten.

Die gemeinsamen Vorschläge befürworten auch Massnahmen, damit die Landwirte massiv Versicherungen gegen Risiken für ihre Produktion eingehen, um einen Ersatz für die landwirtschaftlichen Notstandsunterstützungen zu finden. Die Policen sollen erschwinglicher gemacht und in eine Beziehung mit Beiträgen der Provinzen und den Immobiliensteuern gebracht werden.

Für die leichtere Beschaffung von Kapitalgütern sollen die Zinssätze für diese zu fördernden Bereiche gesenkt, sowie Steuerrückstellungen eingeführt werden, wie sie bis zum Vorjahr für den Kauf von Landwirtschaftsmaschinen bestanden.

Industrieproduktion stagniert

Im Januar lag die Industrieproduktion Argentiniens um 4,2% unter der des gleichen Vorjahresmonates, wie den vorläufigen Angaben des Statistikamtes INDEC zu entnehmen ist. Die Industrieproduktion ging damit im sechsten Monat in Folge zurück. Das sei auf den Rückgang der Kfz-Fertigungen zurückzuführen, die um 37% zurückgegangen sind. Bei Ausklammerung derselben habe die Industrie im Vorjahr ein Nullwachstum ausgewiesen. Im Vergleich mit dem Vormonat Dezember 2000 ergibt die Industrieproduktions-Ermittlung nach der Saisonbereinigung für Januar einen Rückgang von 6,4%.

Produktionserhöhungen wiesen Kautschuk und Kunststoffe aus, ferner Grundmetalle, Erdölraffinerie sowie Nahrungs- und Genussmittel. Rückgänge verzeichneten Textilien, Papier, Chemikalien für die Landwirtschaft und Kfz. Über die Lage in den Kfz-Fabriken wurde amtlich mitgeteilt, dass sie ihre Lagerbestände um 8.000 Einheiten verringern konnten und für Februar mit einer Produktion von 20.000 Kfz gerechnet werde.

Während der vorläufige Januar-Index der Industrieproduktion EMI (Estimador Mensual Industrial) des Statistikamtes saisonbereinigt im Vormonatsvergleich -6,4% und im Vorjahresvergleich -4,2% ergibt, hat die Wirtschaftsforschungsstiftung Fiel (Fundación de Investigaciones Económicas Latinoamericanas), ebenfalls saisonbereinigt, im Vormonatsvergleich -4,6% und im Vorjahresvergleich -6,3% ermittelt.

ben, was sie konkurrenzunfähig mache. Die Speiseölproduzenten fordern eine Klage vor der WHO. Chile erzeugt nur 20.000 Jato Pflanzenöl und führt 180.000 Jato ein. 75% des Marktes wird von Argentinien beliefert, vor Bolivien, das ebenfalls von der Massnahme betroffen wurde. Bolivien beschwerte sich nicht, sondern belegte 8 chilenische Ausfuhrzeugnisse mit ähnlichen Zollsätzen. In wenigen Stunden machte Chile einen Rückzieher und Bolivien konnte 90.000 t Speiseöl, 50% des Marktes, mit weniger als 6% Zoll verkaufen.

Der Oberste Gerichtshof hat das Dekret bestätigt, das argentinische Unternehmen ermächtigt, für den

Fang von Tintenfischen ausländische Schiffe gegen eine Gebühr zu verpflichten. Dem Beschluss ging ein Gutachten der General-Staatsanwaltschaft voraus, dass das Dekret, das von einem Arbeitsgericht als verfassungswidrig bezeichnet und dessen Anwendung deshalb aufgehoben wurde, internationalen Gepflogenheiten entspreche. Das Dekret von 1999 gestattet argentinischen Fischereiuunternehmen, jenen Überschuss an Tintenfischen, die sie mit eigenen Mitteln nicht fischen können, von ausländischen Schiffen fangen zu lassen, mit der Auflage, dass der Staat eine Gebühr, rd. US\$ 15 Mio. in Jahr, erhält und ein Teil des Fanges in argentinischen Häfen abgeladen werden muss.

Öffentliche Bauten für eine Milliarde Dollar

Die Unterchrift des Dekretes Nr. 228/01 zur Reglementierung des Infrastrukturgesetzes hat den Weg frei gemacht, damit innerhalb von 14 Tagen öffentliche Bauten für etwa eine Milliarde Dollar ausgeschrieben werden können. Bautensekretär Rothamel wies darauf hin, dass die effektiven Arbeiten im zweiten Halbjahr beginnen würden. Ein Teil der Projekte wird nach dem neuen System durchgeführt, bei dem das Unternehmen die Finanzierung und nach der Fertigstellung auch die Instandhaltung durch einen gewissen Zeitraum übernimmt. Aber etwa 50 Projekte werden nach dem traditionellen System durchgeführt, wie z.B. die Überlandstrasse 35 in die Provinz La Pampa, für die \$ 9 Mio. vorgesehen sind.

20% der Projekte, in Werten gemessen, werden für kleine und mittlere Unternehmen reserviert. Die Beteiligung ausländischer Unternehmen wird bei Vorhaben von bis zu US\$ 45 Mio. ausgeschlossen und sonst an strenge Normen gebunden. Wenn das Angebot einer lokalen Firma bis zu 10% über demjenigen einer ausländischen Firma liegt, wird dem nationalen Unternehmen gestattet, sein Angebot auf den Betrag des ausländischen Unternehmens zu verringern.

Investitionen von Repsol YPF in Neuquén

Das spanische Erdölunternehmen hat seinen diesjährigen Investitionsplan im Erdölbecken der Provinz Neuquén bekannt gegeben. Die Investitionen sind im Jahr 2001 mit US\$ 1,3 Mrd. rd. doppelt so hoch als der Betrag, der Mitte vorigen Jahres zwischen dem Unternehmen und der Provinzregierung von Neuquén abgesprochen wurde. Vorrangig soll in Erschliessungsarbeiten, Versuchsbohrungen und die Erhöhung der Förderung investiert werden. Vertreter der Provinzregierung beeilten sich zu betonen, dass damit 4.500 neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Aus Gebühren und Steuern erwarte die Provinz daraus US\$ 263 Mio.

Mit den von Repsol YPF genannten Investitionen beginnt die Umsetzung des am 27.6.00 in Madrid zwischen dem Unternehmen und der Provinzregierung von Neuquén unterzeichneten Abkommens, das in den nächsten 17 Jahren Gesamtinvestitionen von US\$ 8 Mrd. vorsieht. In diesem Abkommen wurde auch die Konzessionsdauer für das Erdölgebiet Loma da la Lata-Sierra Barrosa verlängert.

Von dem verpflichteten Investitionsbetrag wird Repsol YPF bis 2005 US\$ 3,5 Mrd. investieren, weitere US\$ 2,6 Mrd. zwischen 2006 und 2001 und die restlichen US\$ 2 Mrd. von 2012 bis 2017.

In Argentinien wird Vieh wieder gegen die Maul- und Klauenseuche geimpft, als Vorbeugungsmassnahme gegen ein Ausbreiten der Krankheit, wie die Sanitätsbehörde Senasa bekanntgab. Der Gesundheitszustand des Viehbestandes laufe laut Senasa keine Gefahr. Das Land wurde in Gesundheitsgebiete aufgeteilt und dringende diplomatische Verhandlungen über Grenzgebiete mit Uruguay und Brasilien eingeleitet. Gleichzeitig gaben sich Vertreter Argentinien nach den USA und Kanada. Geimpft soll nur in den Pufferzonen der Grenzgebiete werden, in denen das Vieh eine Identifikation der Senasa, die an ihrem Ohr befestigt wird, tragen muss. Es gehe um rd. 8 Mio. Stück Vieh, 16% des landesweiten Bestandes.

Das Repsol YPF und der kanadischen Agrum gehörende petrochemische Unternehmen Profertil in Bahía Blanca hat im Ing. White Hafen, mit einer Investition von US\$

700 Mio., 2 Fabriken für Kunstdünger in Betrieb. Ein Werk hat eine Produktionskapazität von 1,1 Mio. Jato synthetischem Harnstoff. Die Hälfte davon wird exportiert. Die Ammoniakfabrik erzeugt 750.000 Jato und führt davon rd. 10% aus. Der Ausfuhrwert beträgt US\$ 200 Mio. im Jahr.

Ein Gericht in Chilecito, Provinz La Rioja, hat den Banken Nación, Ciudad und Provincia de Buenos Aires angeordnet, der Yoma-Gerberei Schuldscheine für US\$ 13,7 Mio. innerhalb von 72 Stunden rückzuerstatten. Die Banken sind Hauptgläubiger der Yomagruppe. Es gehe um Rückerstattungen für getätigte Ausfuhren. Die Nichtzahlung könnte zur Betriebsschliessung führen. Die Yomagruppe soll US\$ 140 Mio. schulden, davon US\$ 74 Mio. den 3 Banken, die Berufung einlegen wollen.

Argentinien hat den im Vormonat aufgelegten Globalbond wieder geöffnet und damit US\$ 250 Mio. zu 12,44% Jahreszins aufgenommen.

Der am 17.1.01 für US\$ 500 Mio. aus-gegebene Bond hatte eine festen Zinssatz von 12% im Jahr.

Das Landwirtschaftssekretariat gab bekannt, dass für das Erntejahr 2000/01 die Rekordfläche von 10,20 Mio. ha mit Sojabohnen bepflanzt wurde, gegen 8,79 Mio. ha im Vorjahr. Vorläufige Schätzungen ergeben, eine günstige Witterung vorausgesetzt, eine Ernte von 24,8 Mio. t. Im Vorjahr wurden 20,2 Mio. t geerntet. Die Sonnenblumenausaat ging gegenüber dem Vorjahr um 44% zurück: 2 Mio. ha in diesem Jahr gegen 3,59 Mio. ha im Vorjahr. Nach Eingang von 12% der Ernte wird diese auf 3,35 Mio. t geschätzt, gegen 6 Mio. t im Vorjahr. Auch Mais wurde um 10% weniger

gepflanzt, 3,3 Mio. ha gegen 3,65 Mio. im Vorjahr. Die erwartete Ernte liegt bei 15 Mio. t. Bei Sorghum wurde weniger ausgesät, doch wird wegen der günstigen Witterung mit 3,41 Mio. t ein um 2% besseres Ergebnis als im Vorjahr erwartet.

Für das Aktienpaket von \$ 37,5 Mio. der Tandanor Schiffswerft wird der 2. Versteigerungsversuch gemacht. Die Werft wurde Anfang der 90er Jahre privatisiert und Indarsa SA erwarb 90% der Aktien, konnte sie dann nicht bezahlen und ging in Konkurs. Der Staat blieb als Gläubiger von etwa \$ 50 Mio., die er teilweise rückgewinnen will. Im Dezember gab es keine Interessenten für die Zwangsversteigerung der in Betrieb befindlichen

Werft, die 8 ha in Puerto Madero besitzt, die Indarsa zum Teil an Perez Companc verkaufte, der sie später an Irsa abtrat. Indarsa, die für Tandanor \$ 8 Mio. bar und \$ 50 Mio. in Raten zu zahlen hatte, leistet nie eine Zahlung, verkaufte jedoch das Gelände für \$ 16 Mio. Der Konkursantrag gegen Indarsa wurde von Verteidigungsministerium, ihrem grössten Gläubiger, gestellt.

Delta Airlines, USA, wird ab dem 2.4. einmal täglich von Atlanta nach Buenos Aires ohne Zwischenlandungen fliegen. Dafür erwarb sie 2 MC 11 mit 50 Sitzen in der Executive class und 218 in der Reiseklasse. Die Strecke wird derzeit von LAPA geflogen, die sie jedoch ab dem 15.3. aufgibt.

In den ersten 10 Februartagen sank der Kfz-Absatz im Vorjahresvergleich um 47%. Sprecher der Industrie führen die Stockung auf die Verhandlungen über Steuersenkungen zur Preisverringering zurück.

Auch die Regierung will die Telefonderegulierung ausnützen. Das Kommunikationssekretariat arbeitet Anweisungen für Telefonverbindungen im Staatsbereich aus, besonders bei Regional- und internationalen Gesprächen. Von den \$ 105 Mio., die Staatsbeamten jährlich für Ferngespräche beanspruchen, sollen bis zu 20% eingespart werden.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Krisenstimmung

Die Finanzkrise der Türkei hat sich sofort auf Argentinien ausgewirkt. Objektiv gesehen besteht überhaupt kein Zusammenhang, der dies rechtfertigt. Aber jedes Mal, wenn ein Staat der Peripherie in Krisensituationen gerät, färbt dies auf die anderen ab. In diesem Fall wurde eine Analogie mit Argentinien aufgestellt, die darin besteht, dass beide Staaten vor kurzem eine hohe Unterstützung des IWF erhielten. Indessen hat die Türkei eine hohe Inflation (mit über 30% Preiszunahme im Jahr 2000), ein schwaches finanzielles System und ungelöste strukturelle Probleme, was das Land stark von Argentinien unterscheidet. Erst einige Tage später hat Finanzsekretär Daniel Marx auf diese Unterschiede hingewiesen. Minister Machinea war in Ferien in Bariloche und hat es offensichtlich nicht für wichtig erachtet, selber und sofort eine Erklärung abzugeben, die weltweit hätte verbreitet werden müssen.

Diese Fernwirkung auf Argentinien kam gleich nach dem Skandal, der zwecks Absetzung des ZB-Präsidenten Pedro Pou inszeniert worden war, der weitergeht und in der internationalen Finanzwelt als Angriff auf die Unabhängigkeit der ZB gedeutet wurde. Argentinien turbulente Vergangenheit belastet das Land nach einem Jahrzehnt vernünftigen Verhaltens eben immer noch. Man vergisst wohl auch nicht, dass Machinea während der Hyperinflation von 1989 ZB-Präsident war und damals auf Antrag von Präsident Alfonsín, der heute auch eine bedeutende politische Rolle als Parteipräsident der UCR spielt, ununterbrochen Geld schöpfte

und grosszügig verteilte, an die Hypothekenebank u.a. Die Allianz besteht auf ihren Druck gegen Pou, der beschuldigt wird, Bankgeschäfte, die angeblich mit Geldwäsche zu tun haben, nicht kontrolliert und gar verdeckt zu haben. Man kann sich vorstellen, wie so etwas im Ausland ankommt. In Wirklichkeit will die Allianz einen eigenen Mann an die Spitze der ZB stellen, da ihr die Präsenz von Pou ein Dorn im Auge ist. So weit wie die USA, wo Fed-Präsident Allan Greenspan, der von Reagan ernannt wurde, bis heute weitermacht, mit gutem Dialog zu den verschiedenen Präsidenten und Schatzsekretären, sind wir eben noch nicht. Machinea hat in dieser Beziehung zwei Seelen in einer Brust: auf der einen Seite pflegt er keinen Kontakt zu Pou, während normalerweise zwischen diesen beiden hohen Beamten ein fast täglicher Dialog besteht. Damit gibt er zu verstehen, dass er froh wäre, wenn Pou das Amt verliesse. Und auf der anderen Seite hat er Angst von der Wirkung eines forcierten Rücktritts von Pou auf den internationalen Finanzmarkt.

Nicht genug mit diesen Faktoren kommt jetzt noch der Umstand hinzu, dass Brasilien den Real leicht abgewertet hat, so sofort die Furcht vor einer neuen grossen Abwertung aufkommt. Und dann kommt noch die neue Krise mit der Maul- und Klauenseuche hinzu. Angeblich gab es einige Fälle dieser Krankheit, so dass das Landwirtschaftssekretariat vorbeugend gehandelt und in gefährdeten Gebieten die Zwangsimpfung wieder eingeführt hat. Angeblich sollte dies den Status

des Landes als „frei von Maul- und Klauenseuche ohne Impfung“ nicht ändern; aber das internationale Organ, das die Qualifizierung erteilt, hat Argentinien erneut als „frei, aber mit Impfung“ eingestuft und die sogenannte Regionalisierung des Landes nicht anerkannt. Das ist ein Rückschritt, der allerdings in seiner Bedeutung nicht übertrieben werden sollte, da das Abkommen von Marrakesch der WHO (1994) ausdrücklich bestimmt, dass keine sanitären Restriktionen zulässig sind, wenn ein Land seuchenfrei mit Impfung ist. Argentinien hat es seit vier Jahren versäumt, Japan, Taiwan, Südkorea u.a. Länder bei der WHO anzuzeigen, weil sie den Import von gekühltem oder tiefgekühltem Rindfleisch nicht zulassen.

Die Landesrisikorate ist im Februar stark gestiegen, die Börse und die Kurse der argentinischen Staatspapiere im Ausland sind gefallen. Nach einem starken Einbruch in den ersten Tagen der letzten Woche trat am Donnerstag eine leichte Besserung ein. Die Reserven der ZB und die Depositionen sind im Februar gesunken, nachdem letztere im Januar sehr stark zugenommen hatten. Die argentinische Wirtschaft ist gerade jetzt, da eine neue konjunkturelle Aufschwungphase beginnen sollte, sehr sensibel gegenüber diesen Erscheinungen, die von Kundgebungen und Strassensperren begleitet werden, in denen angeblich die kritische soziale Lage „spontan“ zum Ausdruck kommt, die in Wirklichkeit jedoch von Gewerkschaftsführern und aufrührerischen Politikern organisiert werden, die auf diese Weise eine schwache und zaudernde Regie-

rung unter Druck setzen wollen.

Die Wirtschaftsführung hat dann noch den Fehler begangen, Titel für US\$ 250 Mio. auf 30 Jahre zu 12,44% unterzubringen. Mitte Januar betrug der Zinssatz für ein ähnliches Geschäft für US\$ 500 Mio 12%. Es ist unbegreiflich, dass die Regierung den Staat für so lange Zeit zu diesen Wucherzinsen verpflichtet. Denn, wenn es gelingt, das Defizit des Staatshaushaltes abzubauen, müssen auch die Zinsen sinken. Die „Panzerung“ war gedacht, um dem Staat Mittel bereitzustellen, wenn der Markt zu hohe Zinsen fordert. Wenn sie jedoch nicht verwendet wird, wenn genau dieser Fall eintritt, dann fragt man sich, was für einen Zweck sie hat. Der Staat sollte nicht über 10% zahlen. Diese hohen Zinsen auf 30 Jahre bedeuten, dass die Wirtschaftsführung selber nicht an ihren Erfolg glaubt. Schlimm!

Indessen handelt es sich um oberflächliche Phänomene. Wirklich wichtig ist, dass Argentinien vor einer Rekordernte steht, dass die hohe Weizenernte zu einem Preis verkauft wurde, der etwa 30% über dem vorjährigen liegt, und dass zwei grosse petrochemische Fabriken (Profertil und Mega) schon in Betrieb genommen wurden und die starke Erweiterung der Aethylen- und Polyethylenfabriken in diesen Wochen fertig ist, sodass die Kapazität der Petrochemie gesamthaft etwa verdoppelt wird. Auch sonst werden wichtige Investitionsprojekte weitergeführt, vornehmlich in der Forstwirtschaft, bei Zellulose und Papier, bei Aluminium u.a. sehr vielen Einzelfällen. Und auf technologischem Gebiet, vornehmlich

bei der Informatik, ist eine bedeutende Entwicklung in Gang, deren positive Wirkungen gewiss nicht ausbleiben. Die Regierung versteht es allerdings nicht, die zahlreichen positiven Aspekte der Ent-

wicklung zu verbreiten, um den negativen entgegenzuwirken, so dass die Krisenstimmung Wellen schlägt und eine stark paralysierende Wirkung hat.

Erdöl- und Erdgasbilanz 2000

Das Jahr 2000 war für Erdöl und -gas ein entschieden gutes Jahr. Wie der Präsident des argentinischen Institutes für Erdöl und -gas, Ing. Oscar Secco, ein angesehenener und erfahrener Fachmann, hierzu erläuterte, haben die tiefgreifenden und erfolgreichen Reformen der Branche dazu geführt, dass Argentinien eine Öffnung, Modernisierung und Leistungsfähigkeit wie wenige Länder in der Welt erreicht hat. Für das gute Jahr 2000 war zudem die Erholung des internationalen Erdölpreises massgebend, die Secco im Jahresdurchschnitt für die Erdölqualität WTI auf US\$ 30,5 je Fass ermittelte. Mit einem solchen Preisniveau, das sogar über der Bandbreite des Erdölkartells OPEC von US\$ 22 bis US\$ 28 je Fass lag, kann die argentinische Erdölbranche bequem leben. Die argentinische Förderung ist mitnichten so billig wie in Arabien und anderen Ländern mit fündigen Quellen, die unterirdischen Erdölseen gleichen. Hier muss bei jedem Fund mehrmals gebohrt werden, möglicherweise bis 6000 Meter wie in Salta, was ungleich teurer ist und sich nur bei hohen Preisen rentiert.

Die Erdölförderung beträgt 122.500 cbm im Tag und lag im Jahr 2000 9% unter dem Rekord von 1998. Die Sekundärförderung umfasst 36% der Produktion. Sie erheischt zusätzliche Investitionen, die sich ebenfalls nur bei hohen Preisen rechtfertigen lassen. Die Erdgasförderung beträgt mit 125 Mio. cbm am Tag erstmals in der bald hundertjährigen Erdölgeschichte Argentiniens mehr als beim Erdöl.

Die Investitionen der Branche erreichten laut Secco rund US\$ 3,0 Mrd., wovon US\$ 1,87 Mrd. auf die Förderung (Englisch „upstream“), US\$ 910 Mio. auf die Raffinerie („downstream“) sowie US\$ 220 Mio. auf die Verteilung und Vermarktung entfielen. Das sind Investitionszahlen, die sich in einem Rezessionsjahr wie 2000 durchaus sehen lassen, obwohl das erwartete neue Erd-

ölgesetz im Kongress schmachtet, ohne der Branche die notwendige Rechtssicherheit für die Zukunft zu geben.

Bemerkenswert war im Jahr 2000 die Tatsache, dass alle 67 Bohrtürme im Einsatz waren gegen nur 28 Bohrtürme im Jahr 1998. Die Diskrepanz mag zur geringeren Förderung beigetragen haben, die stets abnimmt, wenn weniger Bohrtürme eingesetzt werden. Jeder Bohrturm entspricht Investitionen von US\$ 50.000 am Tag und bis US\$ 125.000 im Nordwesten, wo tiefer gebohrt werden muss. Allein die Bohrtürme im Einsatz bewirkten „upstream“-Investitionen von US\$ 1,4 Mrd. Die Investitionen umfassen neben den Bohrtürmen Rohre, Pumpen, Motoren, Turbinen, Kompressoren, Zement, Chemikalien, Transport und zahllose Dienstleistungen, zumeist nationaler Herkunft. Das führt zu einer bedeutenden Wertschöpfung entgegen der verbreiteten Annahme, dass Erdöl und -gas nur Commodities mit geringer Wertschöpfung sind. Die „downstream“-Investitionen waren hingegen fühlbar geringer, weil die Nachfrage rückläufig ist, die allein in den letzten vier Jahren um 4% per annum zurückging. Die Rezession und die Verlagerung der Brennstoffnachfrage von Benzin auf Dieselöl sowie die Steuerhinterziehung von angenommenen \$ 300 Mio. jährlich beeinflussen die Marktlage der Branche, wogegen Erdgas expansiv mit ständiger Erfassung neuer Kunden und insbesondere dem Export nach Chile, Brasilien und Uruguay dank Gasleitungen vorwärts prescht und Erdöl produktionsmässig überholt hat. Ohne „upstream“-Investitionen, insbesondere für Forschung, lassen sich die bekannten Reserven nicht anheben. Sie betragen gegenwärtig laut amtlicher Schätzung 488 Mio. cbm Erdöl und 748 Mrd. cbm Erdgas, müssen aber kontinuierlich neu erfasst werden, damit sie nicht durch die laufende Förderung abnehmen.

Gescheiterte Krankenkassen-Deregulierung

Vor nahezu einem Jahr verkündete die Regierung stolz, dass gewerkschaftliche Sozialwerke und private Krankenkassen, genannt „prepagas“, per Anfang 2001 dereguliert werden würden. Das heisst im Klartext, dass die Arbeitgeber die betreffenden Beiträge auf die Lohn- und Gehaltssummen an die Sozialwerke bzw. Krankenkassen abführen müssten, die ihnen ihre Mitarbeiter vorschreiben, so dass das jetzige Gewerkschaftsmonopol aufhört. Gegen Jahresende wurde nach endlosen Verhandlungen ein Notstandsdekret mit Gesetzeskraft erlassen, das die Deregulierung und ihre Auflagen in Kraft setzte.

Indessen kam es anders als gewollt. Nur eine einzige private Krankenkasse, die im Inland angesiedelt ist, schrieb sich im Register ein. Alle anderen schwiegen. Sie beanstanden die Auflagen, die sie zwingen, im Fall des Beitritts alle Bewerber annehmen zu müssen, die sich bei ihnen anmelden, ebenso wie sie gesundheitliche Mindestleistungen erledigen müssen, die ihnen von Amtswegen aufgebürdet werden. Angesehene Krankenkassen wie das Deutsche Hospital liessen sich von der Regierung nicht bezirzen, weil sie zu Recht fürchten müssen, von Bewerbern überlaufen zu werden, die zwangsmässig bei gewerkschaftlichen Sozialwerken beitragen müssen und deren Gesundheitsdienste als unzureichend betrachten.

Im Fall des Sozialwerkes OSDE, das keiner Gewerkschaft gehört, sondern von Führungspersonal mit relativ hohen Gehältern gebildet wurde, wurde gegen das Notstandsdekret vor Gericht Einspruch erhoben, weil das Dekret eine Steuererhöhung verfügt, die Notstandsdekreten von der Verfassung ausdrücklich untersagt sind. Es geht um den sogenannten Solidarbeitrag von bisher 15% der Zwangsbeiträge, genannt Arbeitssteuern, die den Sozialwerken von den Arbeitgebern zugeführt werden. Diese 15% werden von einer Sozialbehörde nach mehr oder weniger willkürlichen Methoden an angeblich weniger begüterte Sozialwerke verteilt.

Das besagte Notstandsdekret hat den Solidarbeitrag von 15% auf 20% angehoben, was einer 33-prozentigen Zunahme der Arbeitssteuern um 5% entspricht. Die Steuerzunahme bezieht sich nur auf Gehälter ab \$ 1500 im Monat. Das sind genau die Mitglieder von OSDE und nur ausnahmsweise diejenigen der gewerkschaftlichen Sozialwerke. Mit diesem angehobenen Solidarbeitrag sollen offensichtlich die weniger bemittelten Sozialwerke überzeugt werden, ihren Widerstand gegen die Deregulierung aufzugeben, den zumal die mitgliederstärksten Gewerkschaften pausenlos betrieben, allenfalls auch mit Streiks und Aufmärschen. Der Richter nahm die Klage der OSDE an und verfügte ein Stillhalten der Regierung, ebenso wie andere Richter die Klagen der Gewerkschafter und deren Vertreter guthiessen. Je nach den vorgebrachten juristischen Argumenten werden die Richter in erster und zweiter Instanz, allenfalls der Oberste Gerichtshof, entscheiden, ob das Notstandsdekret verfassungskonform und rechtens oder verfassungswidrig ist, in welchem Fall es durch ein Gesetz des Kongresses ratifiziert werden müsste. Letzteres ist zweifelhaft, solange der Senat von Justizialisten beherrscht wird, die den Gewerkschaften nahe stehen. Ob der Oberste Gerichtshof einen deutlichen Verfassungsbruch gutheissen wird, bleibt abzuwarten, ist doch die Anhebung des Solidarbeitrags als ein Zwangsbeitrag gleich einer Steuer. Steueränderungen sind den Notstandsdekreten zusammen mit Reformen des Strafrechtes, der politischen Parteien und der Wahlordnung ausdrücklich verboten. Indessen ist die Verfassung bekanntlich das, was der Oberste Gerichtshof auslegt, auch wenn es jeder Laie anders liest. Unterdessen ist die Deregulierung der Sozialwerke und Krankenkassen gescheitert, weil die Auflagen für die Krankenkassen ungebührlich sind, die Steuerlast ungerecht verteilt wird und die Gewerkschafter gegen die Abschaffung ihrer Privilegien Einspruch erheben. Die Sozialwerke sind bekanntlich die Geldquelle der Gewerkschafter für über \$ 3,0 Mrd. im Jahr, über die sie weder Bilanzen veröffentlichen noch unabhängige Revisoren zulassen, die der Öffentlichkeit bescheinigen, dass mit diesen Steuergeldern alles mit rechten Dingen zugeht.